

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Chaos in London

Die Einführung des Visumzwanges auf dem Londoner Flughafen «Heathrow» für Reisende aus Indien, Pakistan und Bangladesh hat zu einem Chaos geführt. Die Zoll- und Einwanderungsbeamten konnten trotz Einsatz rund um die Uhr mit dem grossen Andrang nicht fertigwerden.

«Prawda» zur UNO

Die sowjetische Parteizeitung «Prawda» hat sich in ihrer jüngsten Ausgabe für eine stärkere Beteiligung dieses Gremiums an der Lösung internationaler Probleme ausgesprochen.

Karpow bei Thatcher

Der sowjetische Chefunterhändler bei den Abrüstungsgesprächen in Genf, Viktor Karpow, ist am Dienstag morgen in London mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zusammengetroffen. Er sollte den sowjetischen Standpunkt nach dem Gipfeltreffen Gorbatschows mit Reagan in Reykjavik verdeutlichen.

Unruhen in Bangladesh

Die Wahlen in Bangladesh sind am Dienstag nach schweren Unruhen zu Ende gegangen. Insgesamt kamen dabei fünf Menschen ums Leben, und weitere 300 wurden verletzt. Die Regierung hatte 25 Politiker der zwei wichtigsten Oppositionsparteien festgenommen und die beiden Parteiführerinnen unter Hausarrest gestellt.

Tote in Libanon

Bei neuen Feuergefechten zwischen christlichen und muslimischen Milizen sind in der Nacht zum Dienstag drei Zivilisten — eine Frau und zwei Mädchen — getötet worden. 11 weitere Personen wurden verletzt.

Raketenschlag in Tokio

Mit selbstergestellten Raketen haben Unbekannte am Dienstag im Zentrum von Tokio auf das Parlamentsgebäude, das Ausserministerium und mehrere andere Ministerien gezielt. Nach Angaben der Polizei ist jedoch kein Sachschaden entstanden.

Morddrohungen gegen Hussein

Mit mehreren Morddrohungen ist König Hussein von Jordanien in den letzten Tagen aus seiner Ferienruhe an der indischen Westküste aufgeschreckt worden. Die Polizei vermutete gemäss Angaben vom Dienstag Drogenabhängige als Urheber.

Reagan angeblich über Gorbatschow verärgert

Washington (AP) Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat nach einem Bericht der «New York Times» dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow am Ende ihrer Gespräche in Reykjavik unterstellt, er habe von Anfang an kein weiteres Treffen in den Vereinigten Staaten gewünscht. Unter Berufung auf namentlich nicht genannte Mitglieder der amerikanischen Delegation schrieb die Zeitung in ihrer Dienstausgabe, Reagan sei enttäuscht und verärgert gewesen.

Als beide nach der vierten Gesprächsrunde aus dem Höfdi, dem Konferenzzentrum gekommen seien, habe der Präsident dem Generalsekretär gesagt: «Ich glaube, Sie wollten gar keinen Gipfel». Gorbatschow habe entgegnet: «Nun, wir haben ja noch Zeit.» Reagan habe darauf nur gesagt: «Nein, haben wir nicht.» Ein Delegationsmitglied bezeichnete der Zeitung zufolge Reagans Stimmung als «kontrollierten Ärger».

Volksabstimmung über erleichterte Einbürgerung

Der Landtag behandelte die Vorlage über das Einbürgerungsverfahren — mehrheitlich zur Volksabstimmung

Wenn es nach dem Willen des Landtags geht, so können künftig ausländische Kinder liechtensteinerischer Mütter in den Genuss eines erleichterten Einbürgerungsverfahrens kommen. Allerdings werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in dieser Frage das letzte Wort haben, denn der Landtag verabschiedete die Regierungsvorlage nach der Detailberatung, gab sie jedoch — wenn auch nicht einstimmig — zur Volksabstimmung weiter. Möglicherweise findet die Abstimmung noch in diesem Jahr statt.

Die von der Regierung im Frühjahr unterbreitete Vorlage über das erleichterte Einbürgerungsverfahren für ausländische Kinder liechtensteinerischer Mütter, die vom Landtag am 21. Mai erstmals in Behandlung gezogen worden war, wurde von einer Landtagskommission nochmals überarbeitet, nachdem sich verschiedene Anregungen und Einwände während der Eintretensdebatte und der ersten Lesung ergeben hatten. Die Kommission befasste sich offenbar eingehend mit Fragen wie Doppelstaatsbürgerschaft, dem Bürgerstatus, der Zahl der Anspruchsberechtigten und der vorgeschlagenen Fristen, doch in dem schliesslich dem Landtag wieder vorgelegten Bericht ergaben sich keine grundsätzlichen Änderungsanträge. Die Diskussion drehte sich im Landtag vor der Detailberatung mehr um die Geheimhaltung des Kommissionsberichtes als um die Sache selbst. Der Landtag ging auf den Kompromissvorschlag für das erleichterte Einbürgerungsverfahren ein, möchte aber den Stimmberechtigten die letzte Entscheidung überlassen.

Kompromiss zwischen zwei Positionen

Als Präsident der Landtagskommission, die sich in den letzten Monaten mit der Einbürgerungsfrage beschäftigte, ging der VU-Abgeordnete Alfons Schädler nochmals auf die wesentlichen Aspekte der überarbeiteten Vorlage ein und erklärte den vorliegenden Vorschlag als gangbaren und vertretbaren Weg, insbesondere was die Festssetzung der Fristen betreffe. Nach seinen Worten, die auch vom stellvertretenden VU-Abgeordneten Karlheinz Oehri unterstützt wurden, wird die Aufnahme der ausländischen Kinder liechtensteinerischer Mütter auch Auswir-

kungen auf die Ausländersituation in unserem Land haben. In diesem Zusammenhang wiederholte er seine Forderung nach Festssetzung der Ausländerquote auf 25 Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Nicht befriedigt zeigte sich die stellvertretende FBP-Abgeordnete Rösle Eberle von der Regierungs- und Kommissionsvorlage in einem engagierten Votum, in dem sie sich für eine liberalere Lösung einsetzte. Sie wies unter anderem darauf hin, dass der von der Vorlage ins Auge gefasste Personenkreis gar kein richtiger Ausländeranteil darstelle, sondern zumeist von Geburt an in unserem Land wohne, wie die hiesige Bevölkerung denke und fühle.

Volksabstimmung oder nicht?

Dass die VU gewillt sei, eine Volksabstimmung über die Frage der erleichterten Einbürgerung durchzuführen, hatte VU-Fraktionspräsident Hermann Hassler

schon frühzeitig bekanntgegeben. Seiner Ansicht schlossen sich seine Fraktionskollegen an, während FBP-Fraktionspräsident Josef Biedermann betonte, für ihn sei eine Volksabstimmung, auch wenn es sich um eine sehr wesentliche Änderung unserer historisch gewachsenen Bürgerrechte handle, nicht zwingend. Er respektiere aber den Wunsch nach einer Volksabstimmung, sofern sich der Landtag dafür ausspreche. Und dies tat der Landtag: 12 Abgeordnete traten für die Durchführung einer Volksabstimmung ein, die voraussichtlich noch in diesem Jahr durchgeführt wird. Der FBP-Fraktionspräsident hatte in seinen Ausführungen auch unwidersprochen deutlich gemacht, dass es nicht nur die 15-jährigen Bemühungen der VU gewesen seien, diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, sondern dass auch FBP-Mandatare einen wesentlichen Anteil zur Änderung der Bürgerrechtsgesetze geleistet hätten.

Der Landtag pochte auf Finanzhoheit

Die Landesbank kann Partizipationsscheine herausgeben

Eine rege Diskussion über die Finanzhoheit des Landtags begleitete gestern vormittag die Behandlung der Regierungsvorlage über die Änderung des Landesbankgesetzes, welche die Herausgabe von Partizipationsscheinen durch die Landesbank ermöglicht. Schliesslich stimmte der Landtag mehrheitlich der Auffassung zu, das Reglement über die Ausgabebedingungen zu unterbreiten, während die Gesamtvorlage einstimmig genehmigt wurde.

Nachdem bei der ersten Behandlung der Vorlage im Landtag einige Fragen in bezug auf die Ausgabemodalitäten der Partizipationsscheine aufgeworfen wurden, erhielt die Finanzkommission den Auftrag, sich mit diesen Problemen und Forderungen zu befassen. Entgegen dem Vorschlag der Regierung hatten einige Abgeordnete nämlich die Auffassung vertreten, dass der Landtag nicht nur für die Genehmigung der Gesetzesvorlage zuständig sei, sondern auch über die Höhe des Partizipationskapitals und die wei-

teren Bestimmungen über die Ausgabe der Partizipationsscheine zu befinden habe.

Die Finanzkommission legte dem Landtag in der Folge einen Bericht vor, der sich mit diesen Fragen beschäftigte. Danach sollte, wie Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter darlegte, die Höhe des PS-Kapitals vom Landtag festgelegt werden, die Modalitäten über die Ausgabe jedoch nur von der Finanzkommission genehmigt werden sollten.

In der Debatte wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, die sich mit der Finanzhoheit des Landtags befassten, die Dividende festlegen wollten und den Bezückerkreis einzugrenzen gedachten. Die Landesbank wird nun PS-Kapital im Nominalwert von 20 Millionen Franken ausgeben, wobei der nominale Wert eines Partizipationsscheines voraussichtlich 50 Franken betragen wird. Über den Ausgabepreis verlaute offiziell noch nichts, doch wird mit 175 Franken gerechnet, was einerseits der Bank zugute kommen würde, andererseits für den Bezücker noch eine Rendite abwerfen könnte.

KOMMENTAR

Solange sich der Landtag schon mit der Einbürgerung oder der erleichterten Aufnahme von Ausländern, die in unserem Land geboren sind oder ihren Wohnsitz seit Generationen in unserem Land haben, beschäftigt — immer wieder kommt das Thema Überfremdung und Ausländeranteil zur Sprache. Ob aus echter Sorge oder nur aufgrund der Überlegung, vorsorglich seine Bedenken gegen eine mögliche oder vermutete Entwicklung deponiert zu haben, ist nicht leicht auszumachen. Tatsa-

Keine heilige Kuh

che aber ist, dass sich auch in der gestrigen Landtagssitzung wiederum Volksvertreter zu Worte gemeldet haben, denen mehr die heutige Drittelsbegrenzung für den Ausländeranteil als das eigentliche Problem der Überfremdung zu schaffen macht. Aber auch diesmal besänftigte Regierungschef Hans Brunhart diese Gemüter, in dem er ausdrücklich betonte, der Abbau des Ausländeranteils durch vermehrte Einbürgerungen ziehe nicht zwangsläufig weitere (echte) Ausländer ins Land. Nach seinen Worten ist die Drittelsbegrenzung, die ohnehin seit Jahren überschritten ist, wenn mathematisch genau ermittelt wird, keine «heilige Kuh». Trotzdem möchte sich die Regierung, wie aus seinen Erläuterungen hervorging, nicht oder noch nicht auf eine neue Grenzmarke festlegen. Zumindest erachtet die Regierung die vom Präsidenten des Arbeitnehmerverbandes, dem VU-Abgeordneten Alfons Schädler, vorgeschlagene Fixierung auf höchstens 25 Prozent an der Gesamtbevölkerung nicht als zweckmässig. Wahrscheinlich hindern die schlechten Erfahrungen, die mit der Festlegung mit der Drittelsbegrenzung und vor allem mit deren Einhaltung gemacht wurden, die Regierung vor einem übereilten Vorgehen. Man wird wohl nicht fehl in der Annahme gehen, dass sich die derzeitige Regierung nicht so schnell auf einen genau bezifferbaren Anteil festlegen wird. Wenn die «heilige Kuh» der Drittelsbegrenzung geschlachtet wird, was bei einem positiven Ausgang der nun festgelegten Abstimmung über das erleichterte Einbürgerungsverfahren erwartet werden kann, dürfte sich die Regierung möglichst lange hüten, eine weitere «heilige Kuh» zu erwerben. (G.M.)

Neue Gipfelgespräche in Genf angetönt

London (spk/dpa) Die Zeichen der UdSSR zur Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen mehren sich. Beim Gespräch mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher am Dienstag deutete der sowjetische Chefunterhändler Viktor Karpow — er leitete die Delegation der UdSSR bei den Abrüstungsgesprächen in Genf — die Bereitschaft an, nach dem gescheiterten Gipfel in Reykjavik weiter mit den USA über die strittigen Fragen verhandeln zu wollen.

Karpow unterrichtete in London die britische Premierministerin Margaret Thatcher über das Treffen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow. Nach dem eineinhalbstündigen Gespräch erklärte Karpow wartenden Journalisten auf der Downing Street, beide Seiten sollten über die Ergebnisse von Reykjavik nachdenken. «Das kann einige Zeit dauern», meinte er. Als er gedrängt wurde, Ort und Zeit für weitere Gespräche zu nennen, sagte Karpow: «Genf».

Angeblich hat Frau Thatcher gegenüber Karpow die Haltung Reagans unterstützt und darauf hingewiesen, dass Moskau keinen Verzicht der USA auf die strategische Verteidigungsinitiative SDI erwarten dürfe. In einem 20minütigen Telefongespräch hatte Frau Thatcher dem amerikanischen Präsidenten in der Nacht zum Dienstag noch einmal die britische Unterstützung für seine Haltung in Reykjavik zugesichert.

Friedensnobelpreis an jüdischen Schriftsteller

Ellie Wiesel: Ein Kämpfer gegen das Vergessen der Juden-Vernichtung

Oslo (spk/dpa) Der Friedensnobelpreis 1986 wird an den in den USA lebenden jüdischen Schriftsteller Ellie Wiesel verliehen. Diese Entscheidung gab der Vorsitzende des norwegischen Nobelpreiskomitees, Egil Aarvik, am Dienstag in Oslo bekannt.

Von den insgesamt 26 bisher veröffentlichten Büchern des diesjährigen Friedensnobelpreisträgers Ellie Wiesel hat die grosse Mehrzahl den Antisemitismus zum Thema. Der in den USA lebende jüdische Schriftsteller hat auch immer selbst diesen Schwerpunkt ausdrücklich als Programm für seine Arbeit bezeichnet: «Ich muss das Unausprechliche immer wieder aussprechen und gegen das Schweigen ankämpfen.»

Als 15-jähriger wurde der gebürtige Ungar 1944 aus seinem Heimatort Sighet von Deutschen in das Konzentrationslager Auschwitz, später nach Buchenwald verschleppt. Als Wiesel dort 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde, hatte die SS die Eltern und eine Schwester umgebracht.

Es dauerte mehr als zehn Jahre, ehe sich der in Frankreich lebende junge Mann schreibend an die Bearbeitung seiner von grausamster Verfolgung und Vernichtung geprägten Jugend machen konnte. Bis Mitte der sechziger Jahre handelten alle — in französischer Sprache geschriebene — Novellen und Romane von der Bewältigung dieser Erfahrungen.

Auf der Kandidatenliste

Der 58-jährige gehörte in den vergangenen Jahren zum Kreis der «Dauerkandidaten» für den Friedenspreis und wurde unter anderem von Willy Brandt, Mutter Theresa, Edward Kennedy und Francois

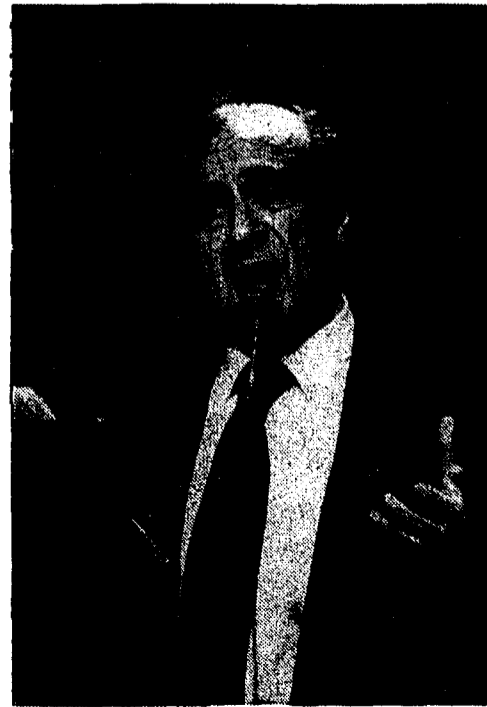
Mitterrand vorgeschlagen. In diesem Jahr nominierten ihn 12 schwedische Parlamentarier. Die internationale Aufmerksamkeit wurde ihm allerdings nur zum Teil durch seine Bücher zuteil.

Geistiger Führer

In der von Aarvik verlesenen Begründung hiess es unter anderem über den 58-jährigen Preisträger: «Nach Meinung des Komitees ist Ellie Wiesel einer der bedeutendsten geistigen Führer und Wegweiser in einer Zeit, in der Gewalt, Unterdrückung und Rassismus immer noch das Bild der Welt mitprägen.» Wiesel sei ein Mahner der Menschheit für Frieden, Versöhnung und Menschlichkeit.

Aarvik erklärte weiter: «Sein Glaube daran, dass die Gegenkräfte des Bösen siegen können, ist hart erkämpft.» Die Botschaft von Wiesel basiere auf eigenen Erlebnissen von tiefer Erniedrigung und grösster Menschenverachtung in Hitlers Vernichtungslagern.

Das fünfköpfige Nobelpreiskomitee bezog sich in seiner Begründung für die Vergabe an den seit mehreren Jahren stets vorgeschlagenen Schriftsteller auch auf seine aktuellen Aktivitäten: «Wiesels Engagement, das seinen Ausgangspunkt im Leiden des jüdischen Volkes nahm, ist inzwischen ausgeweitet auf alle unterdrückten Völker und Rassen.»



Der jüdische Schriftsteller Elie Wiesel wird am 10. Dezember aus der Hand des norwegischen Königs Olav V. in Oslo den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten.